

## Abkommen zwischen der EU und Kuba

Bis vor kurzem war Kuba das einzige lateinamerikanische Land, das kein bilaterales Abkommen mit der EU hatte. Seit 1996 wurden die Beziehungen der EU zu Kuba durch einen gemeinsamen Standpunkt der EU bestimmt, dem zufolge sichtbare Fortschritte in den Bereichen Demokratie und Achtung der Menschenrechte die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit und den Abschluss eines jeglichen bilateralen Abkommens waren. Das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (PDCA), das 2016 unterzeichnet wurde, stellt einen ersten rechtlichen und institutionellen Rahmen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und Kuba dar. Auf seiner Plenartagung im Juli soll das Europäische Parlament darüber abstimmen, ob es dem PDCA die Zustimmung erteilt.

### Hintergrund

Die [Übergabe der Staatsführung](#) Kubas durch Fidel Castro an seinen für Reformen [empfindlicheren](#) Bruder Raúl im Jahr 2008 stellte einen Impuls für die Erneuerung der Beziehungen der EU zu dem Inselstaat dar. Dementsprechend wurde noch im gleichen Jahr der [politische Dialog](#) und die [Entwicklungszusammenarbeit](#) zwischen der EU und Kuba wieder aufgenommen. Die EU-Mitgliedstaaten normalisierten ihre bilateralen Beziehungen zu Kuba allmählich und die internationale Zustimmung zur Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen nahm stetig zu. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Annahme einer entsprechenden Resolution durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 2016, die erstmals fast völlig [Einstimmig](#) erfolgte. Vor diesem Hintergrund erließ der Rat der Europäischen Union im Jahr 2014 Verhandlungsrichtlinien für die Aushandlung des PDCA. Nach sieben Verhandlungsrunden wurde das PDCA im Dezember 2016 [unterzeichnet](#). [Kubaner im Exil](#) und [kubanische Dissidenten](#) waren [enttäuscht](#), dass keine konkreten Maßnahmen beschlossen wurden, mit denen ein demokratischer Wandel in Kuba angestoßen werden könnte.

### Wichtigste Merkmale des PDCA

Das [PDCA](#) ersetzt den Ad-hoc-Dialog und die unsystematische Zusammenarbeit auf der Grundlage des [gemeinsamen Standpunkts](#) der EU, der im Dezember 2016 [aufgehoben](#) wurde. Das Abkommen hat eine [dreigliedrige Struktur](#): politischer Dialog, Zusammenarbeit und sektorbezogener Dialog sowie Handel und handelspolitische Zusammenarbeit. Mit dem PDCA sollen zwar vorhersagbarere und transparentere Rahmenbedingungen für Wirtschaftsakteure [geschaffen](#) werden, es umfasst jedoch nicht die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen den Vertragsparteien oder den Schutz von Investitionen. Es wird als eine Plattform angesehen, über die die bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen weiter ausgebaut werden können. Mit dem PDCA wird der 2015 aufgenommene [Menschenrechtsdialog](#) zwischen der EU und Kuba formalisiert. Eine Menschenrechtsklausel macht es möglich, das Abkommen bei Verstößen gegen die Bestimmungen über die Achtung der Menschenrechte auszusetzen.

### Standpunkt des Europäischen Parlaments

Die Berichterstatterin des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET), Elena Valenciano (S&D, Spanien), hat einen Entwurf für eine [Empfehlung](#) und einen beigefügten [Entwurf für einen Entschließungsantrag](#) ausgearbeitet. Die Berichterstatterin empfiehlt dem Parlament, dem Abschluss des PDCA zuzustimmen, da es ein ausgefeiltes, notwendiges und angemessenes Instrument sei, mit dem ein Rahmen für die Beziehungen geschaffen wird, die bereits zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Kuba bestehen. In dem Entwurf wird die hohe strategische Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und Kuba betont. Es wird außerdem anerkannt, dass die EU und Kuba viele gemeinsame Anliegen in



zahlreichen Bereichen haben und dass Kuba Anstrengungen unternimmt, die Grundsätze der Vereinten Nationen betreffend die Menschenrechte und Arbeitnehmerrechte in seine eigenen Rechtsvorschriften aufzunehmen. In dem Entwurf wird Kuba außerdem aufgefordert, die noch ausstehende Ratifizierung der Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vorzunehmen. Es heißt darin weiter, dass der Abschluss des PDCA den politischen Dialog und die bilaterale Zusammenarbeit sowie das gemeinsame Handeln in multilateralen Gremien begünstigen wird. Schließlich wird darauf hingewiesen, dass durch das PDCA der Zugang Kubas zu den Programmen der EU im Zeitraum 2014–2020 und die Unterstützung der Strategie Kubas zur Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft durch die EU vereinfacht wird.

In der [Sitzung](#) des AFET-Ausschusses am 20. Juni 2017 wurde die Empfehlung mit 57 Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen [angenommen](#). Der Entwicklungsausschuss ([DEVE](#)) und der Ausschuss für internationalen Handel ([INTA](#)) sprachen sich in ihren Stellungnahmen ebenfalls dafür aus, dem Abschluss des PDCA zuzustimmen.

Empfehlung zur Erteilung der Zustimmung durch das EP:  
[2016/0298\(NLE\)](#); federführender Ausschuss: AFET;  
Berichterstatterin: Elena Valenciano (S&D, Spanien). Weitere  
Informationen im Briefing [„International Agreements in  
Progress“](#) (in Arbeit befindliche internationale Abkommen).

